



# SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

## Europapolitik 3

NEIN zum schleichenden EU-Beitritt.



## JA zum Gripen 4-5

Sie sind Garant für die Sicherheit und Souveränität.



## Mindestlohn-Initiative 8-9

Die Initiative schadet den Schwächeren auf dem Arbeitsmarkt.



## Eine Armee ohne Luftwaffe ist wie ein Haus ohne Dach.

Mit dem Gripen-Fonds-Gesetz, über das die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 18. Mai 2014 abstimmen werden, wurde dem Volk bewusst die Möglichkeit gegeben, sich zur Erneuerung der Luftwaffe und zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu äussern. Damit stehen wir vor einem richtungsweisenden Entscheid. Wollen wir auch in Zukunft eine glaubwürdige Armee oder nicht? Denn eine solche ist ohne funktionie-

renden Luftschirm nicht zu haben. Damit hat der Volksentscheid vom 18. Mai weitreichende Konsequenzen. Die 54 bald 40-jährigen Kampfflugzeuge Tiger würden bei einem NEIN zwar ausgemustert, aber keine neuen, modernen Flugzeuge beschafft. Es geht damit letztlich auch um zentrale Grundsätze unseres Landes. Unabhängigkeit und Neutralität sind ohne eine eigenständige und glaubwürdige Landesverteidigung nicht zu halten. Ein JA ist deshalb zwingend.

**dietschi**  
PRINT&DESIGN OLTEN

ss prime insight

KLEIN FEIN

**MEHR ALS EINE DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG  
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten  
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

## 2 Editorial

### Die SVP in den Schweizer Medien im März/April 2014



### Das Wort des Parteipräsidenten

#### Neutralität und Sicherheit



Bundesrat Ueli Maurer hat in einem wegweisenden Interview vor rund drei Wochen in der Weltwoche zur Frage der Neutralität zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Worte gefunden. Sie sind nicht ohne Folgen geblieben. Verschiedene Verlautbarungen der Landesregierung liessen nämlich daran zweifeln, dass sie sich rund um die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine und Russland ihrer Neutralitätspflicht noch bewusst war. Nach der Klarstellung von Ueli Maurer hat der Bundesrat sich bezüglich direkter Sanktionen gegenüber Russland immerhin zurückgehalten.

Dennoch zeigt das aktuelle Beispiel, dass die Neutralität der Schweiz, beispielsweise über die Mitgliedschaft im Schengen-Raum, immer mehr in Frage gestellt wird. Für die SVP ist es bedenklich und falsch, wenn sich die Schweiz automatisch an EU-Sanktionen beteiligen muss und sich damit in das Fahrwasser geopolitischer Interessen der EU begibt. Dies zeigt leider, wie sehr die Souveränität der Schweiz durch das Schengen-Abkommen und seine institutionellen Auswirkungen auf die Schweiz bereits belastet ist. Dies ist auch ein klares Argument gegen eine weitere institutionelle Anbindung an die EU und für die Unabhängigkeit.

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine zeigen aber noch etwas anderes: Ein Land muss sich selber glaubwürdig verteidigen können. Es muss sich schützen können.

Gerade die Schweiz als neutraler Staat ist nur glaubwürdig, wenn sie sich selber schützen kann. Dafür braucht sie eine eigene und zwar starke Armee. Die Schweiz braucht starke Truppen auf dem Boden, sie muss aber auch ihren Luftraum schützen können. Es ist verlogen, wenn in der Abstimmung über die Beschaffung neuer Kampfjets über den Typ und seine technischen Fähigkeiten genörgelt und damit am Problem vorbeidiskutiert wird.

Die Grundsatzfrage lautet schlicht: Ist uns unsere Sicherheit etwas wert und bringen wir auch künftig die Kraft und den Willen auf, unsere Schweiz selbständig schützen zu wollen? Wer das Gripen-Fonds-Gesetz ablehnt, der ist Mitarbeiter bei der Zielerreichung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die unser Land schutzlos dem Ausland ausliefern will. Da machen wir von der SVP nicht mit. Wir stehen zur Schweiz und damit auch zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

# Nein zum schleichenden EU-Beitritt

Trotz der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative beabsichtigt der Bundesrat weiterhin, mit der EU einen Rahmenvertrag über die politische Anbindung der Schweiz an die EU abzuschliessen. Das überparteiliche Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» hat die Bekämpfung eines solchen Rahmenvertrags, welcher die Schweiz in eine einseitige Abhängigkeit zur EU führen würde, zum Ziel.

Mit dem geplanten Rahmenvertrag müsste die Schweiz automatisch zwingend und rückwirkend, sämtliche Beschlüsse der EU im Bereich der bilateralen Verträge übernehmen. Eine solche Regelung käme dem EWR gleich, da die Schweiz wie beim EWR ohne jegliche Mitsprache EU-Recht automatisch übernehmen müsste, nur würde dies nun sogar noch zusätzliche Rechtsgebiete, wie zum Beispiel Schengen/Dublin, umfassen. Eine solche Regelung hätte für die Schweiz höchst gravierende Auswirkungen, da die Volksrechte stark beschnitten würden und fortan die EU und nicht mehr der Schweizer Souverän – das heisst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – abschliessend über die Entwicklung unseres Rechts entscheiden würde.

## Fremde Richter, fremdes Recht

Weiter müsste die Schweiz den EU-Gerichtshof als höchste Instanz bei Mei-

nungsverschiedenheiten zur Auslegung bilateraler Verträge anerkennen. Nach der automatischen Übernahme von EU-Recht würden bei Streitfällen zwischen der Schweiz und der EU fortan also fremde EU-Richter bindende Urteile fällen. Da der EU-Gerichtshof explizit das Mandat der Harmonisierung der EU-Gesetzgebung innehat, darf die Schweiz vom EU-Gerichtshof weder Neutralität noch Verständnis für Schweizer Eigenheiten erwarten. Im Gegenteil, es ist davon auszugehen, dass der EU-Gerichtshof im Zweifelsfall immer für mehr Integration und mehr Harmonisierung und somit für die EU und gegen die Schweiz urteilen würde.

## Sanktionen gegen die Schweiz

Schliesslich müsste die Schweiz der EU das Recht zubilligen, einseitig «Ausgleichsmassnahmen» (d.h. Sanktionen) gegen die Schweiz zu erlassen, sollte sie einen Entscheid des EU-

Gerichtshofs nicht übernehmen oder aufgrund eines abweichenden Volksentscheids nicht übernehmen können. De facto wäre ein solches Rahmenabkommen somit unkündbar, da die EU jederzeit mit der Kündigung aller bilateralen Verträge drohen könnte.

## Treten Sie dem überparteilichen Komitee bei!

Das Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» bekämpft das geplante Rahmenabkommen. Die Schweiz gäbe damit ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität preis und würde auf dem Schleichweg in die EU eingebunden. Sagen Sie Nein zu fremden Richtern und zur automatischen Übernahme von fremdem Recht und werden Sie Mitglied unseres Komitees.



von Nationalrat  
Thomas Aeschi,  
Allenwinden (ZG)

# NEIN

zum schleichenden  
EU-Beitritt

Weitere Informationen, inkl. Anmeldeformular, finden Sie im beigelegten Flugblatt oder unter [www.eu-no.ch](http://www.eu-no.ch).

## 4 JA zum Gripen

# Landesverteidigung nur dank Lufthoheit

**Besinnen wir uns auf das Erfolgsrezept der Schweiz: Der Wille zur Selbständigkeit und Souveränität. Um dies zu garantieren, braucht die Schweiz eine Armee. Und eine Armee braucht Kampfmittel in der Luft. Deshalb JA zum Gripen und zur Souveränität der Schweiz am 18. Mai.**

Unsere Welt ist instabil. Diese Instabilität wird verursacht durch ein enormes Bevölkerungswachstum mit grosser Jugendarbeitslosigkeit, durch die steigende Mobilität und hohem Energie-, Nahrungs- und Wasserbedarf, durch zunehmende Migrationsströme und durch die enorme Waffenproduktion und -proliferation. Denn der moderne Mensch verhält sich zwar generell kultiviert, aber nur solange seine Grundbedürfnisse nicht gefährdet sind. Macht gehört bei vielen zum Grundbedürfnis. In einer instabilen Welt steigt die Gefahr, dass die Grundbedürfnisse an vielen Orten nicht mehr erfüllt sind, enorm.

### Starker Wehrwillen

Unsere Schweiz ist nur so sicher, wie ihr Umfeld stabil ist. Da das weltweite Umfeld instabil ist, leben wir seit Jahren in einer Scheinsicherheit. Wir nehmen diese Sicherheit als selbstverständlich

**«Kampfflugzeuge kontrollieren im Frieden, schützen in der Spannung und wirken im Konflikt. Sie sind Garant für die Sicherheit und Souveränität in unserem Luftraum.»**

MARKUS GYGAX, KKDT AD,  
EHM. KDT SCHWEIZER LUFTWAFFE

wahr und verkennen, dass sie ein ausserordentliches Gut ist, das es zu pflegen gilt und seinen Preis hat. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das seit über

160 Jahren keine kriegerische Auseinandersetzung auf seinem Territorium erleiden musste. Das ist Europarekord! Das hat vor allem mit Willen zu tun. Eine Willensnation manifestiert das unter anderem mit Wehrwillen.



***Während am Boden verschiedene Sicherheitsorgane im Einsatz stehen, ist die Luftwaffe für den täglichen Luftpolizeidienst sowie für die Luftverteidigung in Krisensituationen allein zuständig.***

### Unsichere Zukunft

Noch nie haben so viele Schweizerinnen und Schweizer einen so hohen Wohlstand geniessen dürfen. Und noch nie - seit 1850 - haben sie so wenig für ihre grösste Sicherheitsorganisation - die Armee - ausgegeben. Da aber niemand die Zukunft kennt, müssen wir die Zukunft möglich machen, d.h. gute Voraussetzungen schaffen. Darum müssen wir unserer letzten Sicherheitsorganisation, die unser Staat hat, der Armee, Sorge tragen. Zu dieser Armee gehören eben Heer und Luftwaffe. Die Angehörigen gilt es, gut auszubilden und die Systeme/Waffen/Ausrüstungen - angepasst an das internationale Umfeld - regelmässig zu erneuern. Diese Erneuerung muss jetzt bei der Luftwaffe vorgenommen werden, mit dem Teilersatz der F-5-Flotte.

### Sicherheit für die Schweiz, auch in der Luft!

Für die Sicherheit am Boden sind die Polizei, die Feuerwehr, die Sanität, der Zivil- und Bevölkerungsschutz und das Heer verantwortlich. Der Klimawandel führt zu immer häufigeren und stärkeren Katastrophen. Am Schluss sind es auch hier die Armeen (Soldaten, Maschinen, Helikopter/Flugzeuge) die helfen. In der Luft ist es einzig die Luftwaffe, die die Sicherheit garantieren kann. In unserem stark frequentierten Luftraum hat nur sie die Mittel zum Identifizieren, Helfen, Feststellen und Durchsetzen. Diesen dauernd zunehmenden Weltluftverkehr gilt es zu überwachen, zu führen

und zu kontrollieren, wie den Strassenverkehr. Kontrollieren und intervenieren können nur die Luftwaffen mit ihren Sensoren und Kampfflugzeugen.

**Kampfflugzeuge werden immer benötigt. Sie kontrollieren im Frieden, schützen in der Spannung und wirken im Konflikt. Sie sind Garant für die Sicherheit und Souveränität in unserem Luftraum. Darum braucht es einen Teilersatz für die veralteten F-5: Der GRIPEN ist das richtige Flugzeug für die Schweiz, weil modern, leistungsfähig und bezahlbar.**



von Markus Gygax,  
Korpskommandant aD,  
ehemaliger Kommandant  
der Schweizer Luftwaffe

## Sichere Zukunft: **JA zum Gripen**



« Die sorgfältige Evaluation des Gripen und das dazu nötige Geld aus dem vom Parlament gesprochenen Armeebudget sind der Garant für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik. »

**Sebastian Frehner**  
Nationalrat, Basel (BS)



« Die Armee hat laut Verfassung den klaren Auftrag unser Land zu verteidigen. Damit sie aber diese Aufgabe erfüllen kann, braucht sie eine modern ausgerüstete Luftwaffe. »

**Yvette Estermann**  
Nationalrätin, Kriens (LU)



« Unser Land braucht für die Sicherheit ein undurchlässiges Dach. Ohne diesen Schutzschirm setzen wir mutwillig und fahrlässig die Sicherheit der Schweiz aufs Spiel. »

**Alex Kuprecht**  
Ständerat, Pfäffikon (SZ)

# Sicherheit zuerst!



am 18. Mai  
[gripen-ja.ch](http://gripen-ja.ch)

## zum Gripen

# Mindestlohn für Ärzte?

**Wer Sachlichkeit und Fakten vor opportunistische Einzelinteressen und Medienpolemik stellt, kann aus ordnungspolitischer, freiheitlicher und wirtschaftlicher Überzeugung nur zu einer Abstimmungsempfehlung für den 18. Mai kommen: Nein zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung.**

von Nationalrat Thomas de Courten, Rünenberg (BL)

**A**usgangspunkt ist die im Jahr 2010 eingereichte Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin». Die Initiative wollte die Hausarztmedizin attraktiver machen. Kernpunkt war die Forderung, dass in der Bundesverfassung die Hausärzte «als in der Regel erste Anlaufstelle für die Behandlung von Krankheiten und Unfällen» vorgeschrieben werden. Der Bundesrat hat sich, wohl auch in der Angst, die breit abgestützte Hausarztmedizin könnte einen Abstimmungserfolg erzielen, für einen Gegenvorschlag entschieden. Das Parlament hat diesem im September 2013 leider zugestimmt.

### Unliberaler Gegenvorschlag

Darin wird festgehalten, dass Bund und Kantone für eine «allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität sorgen» und die Hausarztmedizin als «wesentlichen Bestandteil» dieser Grundversorgung anerkennen. Der Bund sorgt für Aus- und Weiterbildung der Hausärzte und sichert diesen – per Verfassung – eine „angemessene Abgeltung“ für ihre Leistungen zu. Die Hausärzte haben, nach diesen äusserst weitgehenden Zugeständnissen von Bundesrat und Parlament, ihre Initiative natürlich zu Gunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen.

### Staatlicher Mindestlohn für Hausärzte!

Nun stimmen wir also über einen neuen Artikel in der Bundesverfassung ab, der den frei praktizierenden Hausärzten einen staatlich garantierten Mindestlohn bringt. Heute beträgt der Durchschnittslohn der Allgemeinpraktiker in der Schweiz knapp CHF 200'000. Die Spezialärzte verdienen etwas mehr, rund CHF 350'000. Hinzu kommen für alle, je nach Kanton,

die zusätzlichen Einnahmen aus dem Medikamentenverkauf der Ärzte, was nochmals ein Zusatzeinkommen von CHF 50'000 und mehr generieren kann.

### Jammern auf hohem Niveau

Vor diesem Hintergrund sind drei Fest-

Ärztedichte laufend steigt. Allein in den letzten 10 Jahren haben 2500 neue Ärzte eine eigene Praxis in der Schweiz eröffnet. Wobei drittens, vor allem die Anzahl der Hausärzte steigt, jene der Spezialisten stagniert. Es besteht also keinerlei Anlass, die Hausarztmedizin zusätzlich zu fördern.



*Wer sich bei einem Einkommen von jährlich über 200'000 CHF eine staatliche Einkommensgarantie versprechen lassen möchte, jammert auf weltfremdem Niveau.*

stellungen wesentlich. Erstens: Ein Hausarzt verdient in der Schweiz zwar etwas weniger als Spezialärzte, aber in der Regel immerhin doch rund CHF 250'000 pro Jahr. Kein Wunder also zweitens, dass der Arztberuf in der Schweiz weiter sehr attraktiv ist und die

Es ist wohl das erste Mal, dass ein Berufsstand vom Staat eine Garantie zur Ausübung seines Berufes verlangt. Dass dies mit den Hausärzten ausgerechnet ein liberaler, akademischer Berufsstand fordert, bleibt erstaunlich. In jedem Fall aber ist es klar abzulehnen.

## JA zum Schutz der Kinder

Auch heute gibt es in unserer Gesellschaft noch Themen, welche eine gewisse Brisanz aufweisen und gleichzeitig tabuisiert werden. Eines davon wird mit der Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ aufgenommen. Die Initiative will verhindern, dass einmal verurteilte Pädophile wieder mit Kindern arbeiten können.

Solche Themen, wie das der Pädophilie, werden politisch immer sehr emotional diskutiert. Betroffene, Angehörige der Opfer, ihre Freunde und ihr ganzes Umfeld haben zwangsläufig eine andere Sicht als die übrigen Bürger. Die Initiative legt aber den Finger auf wundete Stellen und möchte in erster Linie das unnötige Leid der Schwachen oder sogar der Schwächsten in unserer Gesellschaft verhindern.

### Schutz vor Wiederholungstätern

Ohne ins Detail zu gehen, möchte ich folgendes unterstreichen: Da Pädophilie meines Wissens nicht heilbar ist und die Betroffenen oft Wiederholungstäter sind, müssen die Kinder vor ihnen geschützt werden. Die Gegner führen oft, aber zu Unrecht, zwei Gegenargumente ins Feld: Die Initiative soll unverhältnismässig sein. Das stimmt nicht. Sie betrifft nur verurteilte, pädophile Sexualstraftäter und schießt daher nicht über das Ziel hinaus, sondern setzt genau da an, wo die Probleme sind. Ein weiteres Gegenargument

besagt, dass auch sogenannte „Jugendlieben“ von der Initiative betroffen wären. Auch das stimmt nicht. Die Initiative zielt nur auf pädophile Straftäter und das Ausführungsgesetz wird das entsprechend regeln.

Interessant ist auch, wenn gesagt wird, dass die Initiative abzulehnen sei, weil die Kinder lernen sollen, NEIN zu sagen. Entschuldigung: Wie können 3-4 Jahre alte Kinder einer erwachsenen Person Widerstand leisten, ganz besonders dann, wenn es in der Regel um nahestehende Personen geht?

### Keine unnötige Bürokratie

Ab und zu macht auch die Befürchtung die Runde, dass die Initiative die Arbeit aller erschwert, welche sich bei Jugendverbänden engagieren. Die Suche nach einem Trainer für Juniorinnen und Junioren könnte nach ihrer Meinung zu einem Unterfangen werden, das mit mühsamen Vorabklärungen verbunden ist. Das darf nicht sein! Wir sind über

 [www.kinder-schuetzen.ch](http://www.kinder-schuetzen.ch)

jede Frau und über jeden Mann froh, die bereit sind, auch ehrenamtlich Verantwortung für motivierte junge Menschen zu übernehmen. Auch dies wird im Ausführungsgesetz gebührend berücksichtigt werden. Es darf keine unnötige Bürokratie entstehen.

Die Initiative möchte unsere Kinder und unsere Jugend vor Übergriffen schützen. Sie soll aber Vereine und Sportclubs nicht unnötig mit bürokratischen Bestimmungen belasten. Der administrative Aufwand der Abklärungen muss unbedingt in einem überblickbaren Rahmen bleiben! Es ist ohne Zweifel möglich, beides unter einen Hut zu bringen.



von Nationalrätin  
Yvette Estermann,  
Kriens (LU)



# Kinder vor Pädophilen schützen

Am 18. Mai

# JA

zur Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

# Mindestlohn? Nein Danke!

**Ein Mindestlohn für die ganze Schweiz ist ein gewerkschaftliches Hirngespinnst, das nur Schaden anrichten wird. Ich spreche dabei aus der Praxis: Als Unternehmer mit eigener Fuhrhalterei wäre ich gezwungen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Dies kann nicht im Sinne der Initianten sein.**

von Nationalrat Ulrich Giezendanner, Rothrist (AG)

In unserem Firmensitz in Rothrist arbeiten wir ohne Gesamtarbeitsvertrag. Wir bezahlen unsere geschätzten Mitarbeiter dabei nach deren Leistung und haben trotzdem, oder gerade deshalb, praktisch keine Personalprobleme.

Sie haben richtig gelesen, bei uns ist

Leistung und der Übernahme von Verantwortung verbunden.

Obschon unser Unternehmen international tätig ist, sind rund 70 Prozent unserer Fahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Das heisst, dass wir die Fahrzeugsteuern in der Schweiz bezahlen. Und auch unsere Werkstätten

Sollten wir für alle unsere internationalen Fahrer den Mindestlohn bezahlen müssen, wäre das erstens ungerecht, weil die Lebenshaltungskosten im Elsass oder im süddeutschen Raum nicht vergleichbar mit den Kosten in der Schweiz sind, zweitens könnten wir auf gar keinen Fall mit den genannten Unternehmen aus dem Osten konkurrieren.

Die Folgen sind klar: Ausflagen mit den Fahrzeugen ins Ausland, d.h. in der Schweiz würden massiv Arbeitsplätze verloren gehen. Auch unser Betrieb wäre gezwungen, in der Schweiz Arbeitsplätze abzubauen.

An diesem konkreten Beispiel sieht man, dass diese Initiative von Gewerkschaftstheoretikern entworfen wurde, welche die Realität nicht kennen. Sie ist arbeitnehmerfeindlich und in meinen Augen ein reiner Profilierungsversuch einiger Politiker. Ich empfehle den Gewerkschaften, für einmal über den Tellerrand, respektive über die Landesgrenzen hinaus zu schauen, beispielsweise nach Frankreich. Dieses Land hat bereits einen flächendeckenden Mindestlohn. Die Arbeitslosigkeit - besonders unter den Jugendlichen - ist rund dreimal so hoch wie bei uns.

Solche Zustände wünsche ich mir nicht in der Schweiz. Als Unternehmer mit Bezug zu unserem Land sage ich deshalb Nein zur sozialistischen Mindestlohn-Initiative!



***Die Initiative schadet ausgerechnet denen am meisten, die sie vorgibt zu schützen. Denn ein Mindestlohn verdrängt Schwächere aus dem Arbeitsmarkt, vernichtet Arbeitsplätze - insbesondere Teilzeitstellen - und erschwert den Berufseinstieg, insbesondere für Junge.***

ein mittelmässiger Fahrer nicht gleich bezahlt wie der Starchauffeur. Auch ein Lehrling, der frisch von der Lehre kommt, erhält bei uns keinen vom Staat festgelegten Mindestlohn. Er muss sich zuerst beweisen, um dann besser zu verdienen als Angestellte ohne Ausbildung. Denn unsere Löhne sind selbstverständlich immer mit Ausbildung,

betreiben wir hier. Fahrzeuge werden im internationalen Verkehr aber oft von Grenzgängern gefahren. Wir stehen daher in internationaler Konkurrenz. Diese stammt oft aus Ostländern. In Bulgarien oder in Rumänien wird ein guter Fahrer mit ca. 600 Euro pro Monat bezahlt. Diese Fahrzeuge verkehren in der EU und auch von und in die Schweiz.

 **Mehr Informationen:**  
[www.mindestlohn-nein.ch](http://www.mindestlohn-nein.ch)

# NEIN zum Mindestlohn!

**"Löhne werden in der Schweiz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Ausschluss des Staats ausgehandelt. Die Mindestlohn-Initiative will von diesem bewährten Prinzip des Erfolgsmodells Schweiz abrücken und ein staatliches Lohndekret etablieren. Das Resultat ist klar: Mehr Kontrolle, Arbeitsplätze gehen verloren, die Sozialwerke werden stärker belastet. Die Mindestlohn-Initiative gefährdet die Wirtschaft!"**

**Andrea Pieren**



**"Ein Mindestlohn für alle setzt unsere KMU massiv unter Druck und ist damit die „beste“ Garantie für mehr Jugendarbeitslosigkeit."**

**Lara Filippini**

**"Der staatliche Eingriff durch einen Mindestlohn zerstört die berufliche Zukunft der Jungen, indem er den Anreiz für eine solide Ausbildung mindert."**

**Anita Borer**



**"Ein Stundenlohn von Fr. 22.- wäre für die arbeitsintensive Hügel- und Berglandwirtschaft nicht tragbar. Die Bewirtschaftung der Hanglagen und der Sömmerungsalpen würde wegen zu hohen Kosten vernachlässigt. Eine intensive Vergandung und Verwaltung würde einsetzen. Wollen wir das? Nein, ich nicht!"**

**Erich von Siebenthal**

GOAL GLOSSAR

radikal

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

radikal

<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung),  
konsequent; gründlich

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations  
Wir wollen Ihren Erfolg

ÜBERSETZEN,  
LEKTORIEREN, REDIGIEREN  
**AAREPTAN**  
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen  
056 622 33 44, www.aareptan.ch  
aareptan@gmail.com

Überlassen Sie Kalkschutz und Korrosion nicht dem Zufall - damit Wasser **WASSER** bleibt.



SIROX Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14  
www.sirox.ch info@sirox.ch

**INSERIEREN SIE  
IM SVP-KLARTEXT**

Mehr als 60'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie per E-Mail an [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch)

Krim ist überall  
**Sicherheit  
zuerst!**



**zum Gripen**

am 18. Mai



Der Gripen ist ein wichtiger Pfeiler einer glaubwürdigen Armee – über 30 Jahre lang!

[gripen-ja.ch](http://gripen-ja.ch)

**IMPRESSUM**

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | [klartext@svp.ch](mailto:klartext@svp.ch) | [www.svp.ch](http://www.svp.ch) | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Peter Schaub, Parlamentsdienste 3003 Bern, admin.ch.

## Auszüge aus der Session

Die Frühjahrssession 2014 fand vom 3. - 21. März 2014 statt. Wie immer ist die Bilanz der Resultate durchzogen, doch in einigen wichtigen Fragen ist es der SVP gelungen, eine Mehrheit zu erhalten und ihre Forderungen durchzusetzen.

### Das hat die SVP erreicht:

#### Keine teure Integrationsvorlage

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 9. Februar 2014 hat der Nationalrat den Entwurf für das neue Ausländer- und Integrationsgesetz an den Bundesrat zurückgewiesen, um dieses - gestützt auf die neue Verfassungsbestimmung - neu zu überarbeiten. Die SVP hatte sich mit Vehemenz gegen die Vorlage gewehrt, da diese die Integration zur Staatsaufgabe erkoren hätte. Dabei ist Integration in erster Linie die Aufgabe der Zuwanderer und muss von diesen gefordert werden.

#### Ständerat für den Bau der zweiten Gotthard-Röhre

Der Ständerat hat sich klar für den Bau einer zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard ausgesprochen. Dieser führt zu einem Quantensprung bezüglich Sicherheit, da mit der zweiten Röhre die Fahrspuren richtungsgetreut sein werden und es damit zu keinem Gegenverkehr mehr kommt.



#### Kein einseitiges Erbschaftsteuerabkommen mit Frankreich

Der Ständerat hat weiter beschlossen, das neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich an den Bundesrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, neu zu verhandeln. Das vorliegende Abkommen ist damit gescheitert. Mit dem gescheiterten Erbschaftssteuerabkommen hätten die französischen Behörden die Möglichkeit erhalten, Erben in Frankreich auch dann nach französischem Recht zu besteuern, wenn der Verstorbene zuletzt in der Schweiz gelebt hat.

### Das haben wir den Mitte-Parteien zu verdanken:

#### Gastro-Initiative

In der Schlussabstimmung haben beide Räte beschlossen, die Volksinitiative „Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes“ dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Die SVP hatte sich als einzige Fraktion geschlossen für die Initiative eingesetzt. Diese verlangt, dass die gastgewerblichen Leistungen (ohne Abgabe von alkoholischen Getränken oder Raucherwaren) dem gleichen Steuersatz unterstellt werden wie Take-Away-Leistungen. Das Volk wird voraussichtlich im September 2014 darüber abstimmen können.

#### RTVG: Nationalrat will neue Mediensteuer

Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat grünes Licht für einen Systemwechsel bei den Radio- und Fernsehgebühren gegeben. Mit der Vorlage soll die heutige Empfangsgebühr durch eine Abgabe für Radio und Fernsehen ersetzt werden, die nicht mehr an der Existenz eines Empfangsgerätes anknüpft. Damit werden alle Haushalte abgabepflichtig, egal ob sie nun Radio und Fernsehen konsumieren oder nicht. Die SVP-Anträge wurden allesamt abgelehnt.



# 12 Frühjahrsession

## SVP bi de Lüt

Da die Session schon einige Wochen her ist, sind die meisten Sessionsrückblicke bereits vorüber. Wir danken den organisierenden Sektionen und folgenden SVP-Nationalräten für die Durchführung eines Anlasses in den letzten Wochen:

Andreas Aebi, Thomas Aeschi, Adrian Amstutz, Caspar Baader, Christoph Blocher, Heinz Brand, Toni Brunner, Roland Rino Büchel, André Bugnon, Thomas de Courten, Hans Egloff, Yvette Estermann, Hans Fehr, Sylvia Flückiger, Ueli Giezendanner, Markus Hausammann, Alfred Heer, Peter Keller, Hans Killer, Hansjörg Knecht, Thomas Müller, Guy Parmelin, Nadja Pieren, Maximilian Reimann, Lukas Reimann, Natalie Rickli, Albert Rösti, Gregor A. Rutz, Jürg Stahl, Erich von Siebenthal, Hansjörg Walter

### Impressionen aus Veranstaltungen:



Nationalrat **Thomas Aeschi** berichtete am 24. März 2014 in Zug unter anderem über das neue elektronische Abstimmungssystem im Ständerat, welches diese Session eingeführt wurde.



Die beiden Nationalräte **André Bugnon** und **Guy Parmelin** orientierten die interessierte Bevölkerung am 25. März 2014 im Château de Lutry (VD) über die politischen Erfolge der SVP in der Frühjahrsession.



Der Rheintaler Nationalrat **Roland Rino Büchel** informierte am 15. März 2014 auch jenseits der Grenze in Dornbirn (A) dort ansässige Auslandschweizer über den Einsatz der SVP zugunsten der Unabhängigkeit der Schweiz.

*Besuchen Sie einen Sessionsanlass und treffen Sie unsere Nationalräte persönlich :*

## Kanton Bern



Nationalräte  
Albert Röstli (BE),  
Erich von Siebenthal (BE)

23. April 2014, 20.00 Uhr



3775 Lenk im  
Simmental (BE)

## Kanton Zürich



Nationalrat  
Hans Fehr (ZH)

16. April 2014, 19.00 Uhr

Rest. Kaserne  
8180 Bülach (ZH)



Nationalrat  
Jürg Stahl (ZH)

23. April 2014, 18.00 Uhr

Reitsportanlage Sporer  
8400 Winterthur (ZH)

## Herzlichen Dank an This Jenny und Hans Kaufmann

### This Jenny



**Geboren am**  
04.05.1952 in Glarus (GL)

**Ständerat**  
08.06.1998 – 13.02.2014

**Exekutive der Gemeinde  
(Gemeinderat):** von 1986  
bis 2000;

**Legislative des Kantons  
(Kantonsrat/Landrat):**  
von 1994 bis 2014

**Kantonalpräsident der  
SVP:** von 1992 bis 2003

Bereits Mitte Februar musste die SVP-Fraktion vom überraschenden, krankheitsbedingten Rücktritt ihres Ständerates **This Jenny** (GL) Kenntnis nehmen. Wir wünschen dem Glarner Urgestein viel Kraft für seinen Kampf gegen die Krankheit und danken ihm von Herzen für seinen 16-jährigen Einsatz in der Standeskammer. Mit seinem Rücktritt verliert der Ständerat einen der letzten aktiven Unternehmer.

### Hans Kaufmann



**Geboren am**  
13.06.1948 in Ettiswil (LU)

**Nationalrat**  
06.12.1999 – 04.05.2014

**Politische Ämter und  
Mandate:**

**Vize-Präsident der Par-  
lamentarischen Gruppe  
Schweiz-Slowakei und  
Schweiz-Republik Korea;  
Vize-Präsident des Wirts-  
chafts- und währungs-  
politischen Arbeitskreises  
(WPA)**

Auf Anfang Mai hat Nationalrat **Hans Kaufmann** (ZH) seinen Rücktritt erklärt. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute und danken ihm für seinen unermüdlichen Einsatz während der letzten 15 Jahre in der grossen Kammer. Neben seinen fundierten Kenntnissen der Schweizer Finanzbranche und seinen Lageanalysen der globalen Wirtschaft werden wir auch seinen ansteckenden Humor in der Fraktion sehr vermissen.

# 14 Delegiertenversammlung, Näfels (GL)

## Sichere Schweiz

Die Delegierten der SVP Schweiz fassten am Samstag 5. April in Näfels (Glarus) in Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer mit 393 zu 1 Stimme die JA-Parole zur Sicherheit unseres Landes: **JA zur Armee – JA zur Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeuges**. Die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften wurde einstimmig abgelehnt.



*Gemeinsam für den Gripen. Einzug mit Einscheller-Verein Näfels.*



*Ständerat Alex Kuprecht kämpft für ein Ja zum Gripen.*

### JA zum Gripen

Die Delegierten der SVP haben klar gemacht, dass, wer zur Schweiz steht und damit zur bewaffneten Neutralität des Landes, das heisst auch zu einer eigenständigen Landesverteidigung, auf eine moderne Luftwaffe nicht verzichten kann. Den Armeeabschaffern, die mit ihrem Referendum überhaupt eine Abstimmung erzwungen haben, geht es nicht um den Gripen, sondern um die schrittweise Abschaffung und Schwächung unserer Landesverteidigung.

Deshalb stimmen alle, die eine Armee wollen am 18. Mai **JA zur Ersatzbeschaffung von Kampfflugzeugen**, damit wir wieder eine moderne Luftwaffe haben.



*Ein herzliches Dankeschön an den Einscheller-Verein Näfels welcher mit etwa 40 Mitgliedern, davon 12 Kinder, die Delegiertenversammlung eingeläutet hat.*

### Nein zum Mindestlohn

Die sozialistische Mindestlohn-Initiative wurde einhellig verworfen. Insbesondere wurde auf die schädlichen Folgen eines einheitlichen Mindestlohnes in allen Regionen unseres Landes hingewiesen. In ländlichen Gebieten sind die Kosten für Mieten, Verpflegung und Dienstleistungen viel tiefer als in grossen Städten. Es ist eine realitätsferne und sozialistische Sichtweise, alle Regionen, Branchen und Qualifikationen über einen Kamm scheren zu wollen.

Deshalb gibt es nur eine Antwort am 18. Mai – **NEIN zum sozialistischen Mindestlohn**.



# Ausschaffungsinitiative jetzt umsetzen

Wenn die SVP in Bundesbern Erfolge verbucht, wird das in der Regel nicht gross vermeldet. Um die Tatsache, dass der Nationalrat in der zurückliegenden Frühjahrssession mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative endlich vorwärts machte, kam indes niemand herum. Der Bundesrat wollte nicht umsetzen und sich am seinerzeit vom Volk abgelehnten Gegenentwurf orientieren. Nun liegt der Ball beim Ständerat.

**D**ank guter Vorarbeit der SVP-Fraktion konnte im Nationalrat gegen den Willen des Bundesrates endlich ein erster Schritt zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative gemacht werden. Denn mit der SVP hat sich die Mehrheit des Nationalrates für die Umsetzung des Volkswillens entschieden. Zum Erfolg beigetragen hat auch die Durchsetzungsinitiative, welche eine

**« Im Ständerat wird es schwierig werden, Mehrheiten für die Umsetzung des Volkswillens zu gewinnen. Eines kann ich aber garantieren: Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen. »**

STÄNDERAT PETER FÖHN, MUOTATHAL (SZ)

korrekte Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ermöglicht und nun vom Nationalrat als Vorgabe für die Umsetzungsgesetzgebung genommen wurde. Die Durchsetzungsinitiative könnte zurückgezogen werden, wenn das Parlament, das heisst Nationalrat **und** Ständerat, die Ausschaffungsinitiative gemäss klarem Volkswillen umsetzen würde. Dazu darf der Ständerat jedoch nicht hinter die Lösung des Nationalrates zurückfallen.

**Überzeugungsarbeit im Ständerat**  
Der Kampf ist noch lange nicht ausge-

standen. Im Ständerat wird es schwierig werden, Mehrheiten für die Umsetzung des Volkswillens zu gewinnen. Eines kann ich aber garantieren: Ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Sicher ist auch, dass die SVP die Durchsetzungsinitiative nicht zurückziehen darf, bis die vollständige Umsetzung der Ausschaffungsinitiative auf Gesetzesstufe festgeschrieben und in Kraft getreten ist. Bei der Annahme dieser Initiative würde alles direkt umsetzbar in die Bundesverfassung genommen.

## Der Wille des Volkes ist klar

Das Konzept der Durchsetzungsinitiative führt zur automatischen Ausschaffung krimineller Ausländer in ihre Heimatländer bei klar definierten Delikten gemäss Strafgesetzbuch:

1. Eine Ausschaffung der Täter ist bei schweren Delikten (wie z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung etc.) zu vollziehen, unabhängig davon, ob ein Täter vorbestraft war oder nicht.
2. Eine Ausschaffung ist zudem vorgesehen bei notorischen, d.h. nicht belehrbaren Tätern, die wiederholt straffällig werden bei Delikten, welche die öffent-

liche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Bedrohung von Behörden, Raufhandel, einfache Körperverletzung etc.).

## Das Ziel der SVP ist klar

Die völlig unbefriedigenden Zustände im Bereich der Ausländerkriminalität sind endlich zu verbessern. Die aktuelle Kriminalitätsstatistik hat den Handlungsbedarf vor wenigen Tagen erneut unterstrichen. Mit klaren Gesetzen und Vorgaben schaffen wir mehr Sicherheit, straffen die Verfahren und verschärfen die Gerichtspraxis. In einer direkten Demokratie hat das Volk das letzte Wort. Der Volkswillen ist zu respektieren, vollumfänglich zu erfüllen und letztendlich auch umzusetzen.



von Ständerat  
Peter Föhn,  
Muotathal (SZ)

 **Mehr Informationen:**  
[www.durchsetzungsinitiative.ch](http://www.durchsetzungsinitiative.ch)

**Durchsetzungs-Initiative**  
zur Ausschaffung  
krimineller Ausländer

**Volkswillen  
durchsetzen!**



# Trendig. Vielseitig. Neu als 4x4 Automat

ASX Compact Crossover. Neu ab **CHF 19'999.-**



- » Trendiges Crossover-Design komfortabel und enorm vielseitig
- » Effizienter Antrieb: Benzin 2WD oder Diesel DID 4x4 150 PS
- » 4x4 mit All-Wheel Control
- » 5\*-Sicherheit: 5\* Euro-NCAP-Test, 9 Airbags, Berganfahrhilfe
- » 1.8 DID Invite 4x4 CHF 28'999.-\*
- » 2.2 DID Invite 4x4 Automat CHF 31'499.-\*
- » Inform Benzin 2WD CHF 19'999.-\*
- » 2.9% Leasing, ab CHF 219.-/Mt.\*\*



[www.mitsubishi-motors.ch](http://www.mitsubishi-motors.ch)

[www.facebook.com/MitsubishiCH](https://www.facebook.com/MitsubishiCH)



OFFICIAL CAR PARTNER

Genial bis ins Detail.



\*BEST OFFER: Empfohlene Nettopreise, inkl. MWST, inkl. Cash Bonus 3'000.-. \*\*2.9% Leasing: 1.1.-30.6.2014, Vertrag + Immatrikulation, Leasingpreis Inform CHF 20'499.-, 15% Sonderzahlung, 48 Mt., 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 2.92%, Kaution 5% (mind. 1'000.-), Vollkasko obligat. MultiLease AG gewährt keine Finanzierung, falls diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führen kann. Normverbrauch 1.8 DID/150 PS: 5.6 l/100 km (Benzinäquivalent 6.5 l/100 km), CO<sub>2</sub> 146 g/km, Eff.-Kat. D, CO<sub>2</sub>-Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 148 g/km.